

Chronik des Tages.

Im Reichstag wurde die Ansprache über Genf mit einer Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann angeleitet.

Der Reichspräsident v. Hindenburg wurde bei den Befreiungsfeiern in Köln und Bonn von der rheinischen Bevölkerung mit größter Begeisterung begrüßt.

Die Reichsregierung hat ihre Steuervorlage in der Weise geändert, daß die Umsatzsteuer nicht auf 0,6, sondern nur auf 0,7½ Prozent ermäßigt wird, während die Weinsteuern vollständig aufgehoben sind.

Der Reichspräsident hat dem König von Dänemark mündlich des Königin-Mutter Luise sein Weidewort ausgesprochen.

Hindenburgs Rheinlandbesuch.

Die Befreiungsfeier in der Kölner Messehalle.

Im Mittelpunkt der offiziellen Befreiungsfeier der Rheinlande stand der Festakt in der großen Kölner Messehalle, die lange vor Beginn der Feier bis auf den letzten Platz gefüllt war. Vor dem Podium hatten die Chargierten der Kölner- und der auswärtigen Universitäten mit ihren Bannern Aufstellung genommen. Im Hintergrunde des Podiums hatten sich Abordnungen des Reichsbanners aus dem ganzen Reich mit ihren schwarz-rot-goldenen Fahnen aufgestellt. Unten von der Stadt Köln geladenen Ehrengästen befanden sich der bayerische, der badische und der oldenburgische Ministerpräsident, sowie die namhaftesten Vertreter des Wirtschaftslebens und der weltlichen und kirchlichen Behörden, unter ihnen der Kölner Erzbischof Kardinal Schulte, der Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horton, die Regierungspräsidenten und die Oberbürgermeister der großen rheinischen Städte und viele andere. Kurz nach 11.15 Uhr beriet der Reichspräsident mit seiner Begleitung den Saal. Bei seinem Erscheinen wurden ihm stürmische Ovationen dargebracht. Eröffnet wurde die Feier mit einem Orgelkonzert, dem Gesangdarbietungen folgten. Darauf ergriff Oberbürgermeister Dr. Adenauer zu einer Ansprache das Wort, in der er einen geschichtlichen Rückblick über die Leiden der jahrelangen Besatzungszeit gab und die Bemühungen um die Befreiung der Kölner Zone schilderte, wobei er besonders betonte, daß ohne London und Locarno diese Befreiungsfeier nicht möglich gewesen wäre. Der Oberbürgermeister begrüßte dann die Vertreter der Regierungen und der Parlamente, und vor allem den Reichspräsidenten. „Der jubelnde Willkommensgruß, der ihm aus dem Munde ungezählter Tausender entgegen scholl“, so führte Dr. Adenauer aus, „galt nicht allein der hohen Würde Hindenburgs als Staatsoberhaupt, er galt auch dem Manne, dem Treue und Hingabe an Vaterland und Volk die erste und vornehmste Pflicht ist, dem Herold und Kämpfer wahrer Vaterlandsliebe, wahrer Volksgemeinschaft.“

Nach dem Oberbürgermeister sprach Innenminister Severing, der die Pflicht aller deutschen Länder betonte, den Rheinländern, die noch unter der fremden Herrschaft leiden, zu helfen und ihnen ihr schweres Los zu erleichtern. Der Minister versprach, daß, soweit Preußen in Betracht komme, schon in den nächsten Tagen die in Aussicht gestellte Hilfe eine greifbare Form annehmen werde, besonders auch für die Winzer werde die Hilfe einfließen.

Die Rede des Reichspräsidenten.

Auf das Wort des Reichspräsidenten v. Hindenburg das Wort ergriff, brachte die Anwesenden in nicht endemüllende stürmische Jubelrufe aus. Nach einem Dank an die Stadt Köln für den freundlichen Empfang fuhr der Reichspräsident fort:

„Schmerzhaft bewegt gedenken wir unserer Brüder im übrigen Teile dieses sonst eine stolze Einheit bildenden Landes, die noch weiterhin die Last fremder Besatzung tragen müssen; wir grüßen sie treuen und dankbaren Herzen in der Hoffnung, auch mit ihnen bald in Freiheit wieder vereint zu sein. Darum Herzens und in unauflöslicher Dankbarkeit gedenken wir in dieser Stunde aller, die in der schweren Not der vergangenen Jahre Leben, Freiheit und Heimat hingaben oder auf Spiel setzten, um nicht dem Vaterland und seiner Ehre untreu zu werden. Alle diese Opfer sind nicht vergeblich gebracht worden; sie haben der Welt gezeigt, daß das Volk am Rhein fest und unerschütterlich seine Volksgemeinschaft behauptet.“

In dem schweren Erleben der letzten Jahre hat uns der waffenlose Kampf, den deutsche Männer und Frauen um der Ruhe wie am Rhein um ihr Deutschland, um ihre Acht und ihre Freiheit kämpften, die tiefe Ueberzeugung gegeben, daß Deutschlands Sendung noch nicht erfüllt ist und sein Weg nicht im Niedergang endet. Wie sie, die diesen Kampf so tapfer bestritten, wollen wir uns alle zu diesem Glauben an deutsche Zukunft bekennen, die das Land am Rhein wieder in Freiheit mit dem übrigen Deutschland kraftvoll vereint. Und weiter lassen Sie uns hoffen, daß das deutsche Volk auch über den inneren Zwist und die Fehde des Tages hinweg durch einen neuen Geist brüderlichen Verständens emporgetragen werde zur Einheit und zu starkem gemeinsamen Empfinden seines Volkstums.“

Die Rede wurde zeitweise minutenlang durch stürmische Beifallsbrufe und Händeklatschen unterbrochen. Im Anschluß an die Worte des Reichspräsidenten wurde von den Festteilnehmern begeistert das Deutschlandlied gesungen. Die Kundgebung ist durch die Elberfelder Funkstelle auf familiäre deutschen Sender übertragen worden.

Hindenburg-Spende für den Kölner Dom.

Preußens Gaben an die Rheinprovinz. Am Abend fand in der Gärtenchall ein Festmahl, gegeben von der Stadt Köln, statt, an dem die in Köln weilenden Minister und Ehrengäste teilnahmen. Reichspräsident von Hindenburg saß an der Ehrenstafel zwischen Oberbürgermeister Dr. Adenauer und Kardinal Schulte. Oberbürgermeister Dr. Adenauer brachte den Trinkspruch auf das deutsche Vaterland aus. Unter großem Jubel der Versammlung teilte er mit, daß der

Reichspräsident aus seinem Dispositionsfonds die Summe von 100 000 Mark für die Wiederherstellung der Kölner Dom zur Verfügung gestellt hat. Weiter sprach der Reichsminister für die besetzten Gebiete Marx und der preussische Ministerpräsident Braun, der dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer eine Befe als äußeres Symbol des Dankes Preußens an die rheinische Bevölkerung. Ferner wurden dem Oberbürgermeister der Rheinprovinz 300 000 Mark zur Verfügung gestellt, um mehreren tausend Kindern aus der besetzten Zone und dem noch besetzten Gebiet im Sommer eine sechs-wöchentliche Erholungs- und Erziehung zu ermöglichen. Zum Schluß trank der bayerische Ministerpräsident Heil auf die baldige Befreiung der noch besetzten Gebiete. Nach Aufhebung der Tafel begab sich der Reichspräsident mit seiner Begleitung zum Alten Markt, wo ihm ein Fackelzug dargebracht wurde.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. März 1926.

Das Befinden des früheren Reichszanklers Rechenbach verschlechtert sich dauernd.

In einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Dresden-Striesen wurde ein Antrag auf Ausschluß der sozialistischen Landtagsabgeordneten, die der Mehrheitsgruppe im Sächsischen Landtage angehören, angenommen.

Revisoren des Steuerprogramms. Nach einer Rücksprache mit den Regierungsparteien hat die Reichsregierung ihre Steuervorlage in der Weise geändert, daß die Umsatzsteuer nicht auf 0,6, sondern nur auf 0,75 Prozent ermäßigt, die Weinsteuern — ebenso wie die Schaumweinsteuer — vollständig aufgehoben und die Erhöhung der Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 verschoben werden soll. Außerdem soll bei der Vermögenssteuer eine Erleichterung für die kleinen Vermögen eintreten. An der vollständigen Aufhebung der Luxussteuer zum 1. April wird festgehalten.

Rundschau im Auslande.

Die dänische Königin-Mutter Luise ist im Schloß Amalienborg bei Kopenhagen im Alter von 75 Jahren einer Lungenerkrankung erlegen.

Der Präsident der chinesischen Republik hat das Rücktrittsgesuch der Befehlshaber der Regierung, die nach dem blutigen Zusammenstoß zwischen den Truppen und den Studenten ihre Ämter zur Verfügung gestellt hatte, nicht angenommen.

Der Streit um die Rückgabe der deutschen Kolonien.

In der französischen Presse findet zurzeit eine interessante Erörterung über die Rückgabe der deutschen Kolonien statt. Dabei wird mit großem Mißvergnügen bemerkt, daß England immer von der Rückgabe der unter französischer Mandatsverwaltung stehenden Gebiete Kamerun und Togo spricht, aber selbst keine Opfer bringen will. Das Pariser Blatt „Homme Libre“ betont den hohen wirtschaftlichen Nutzen dieser beiden Kolonien für Frankreich. Wenn, so schreibt das Blatt, die Nationen der Welt Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund ein Opfer bringen wollten, so würde sich das friedfertige und hochherzige Frankreich dieser allgemeinen Stimmung nur anschließen (1), aber Frankreich wolle nicht allein die Kosten zahlen. (2) Sicher werde England sich bereit erklären, seinen Anteil an Togo und Kamerun abzutreten, aber es handele sich nur um zwei Fünftel des französischen Anteils. Von Südwest- und Ostafrika werde von den Engländern nicht gesprochen. Wenn man Deutschland ein Opfer bringen wolle, so könne dies nur unter der Bedingung geschehen, daß Deutschland mit Togo und Kamerun auch die übrigen Gebiete seines früheren Kolonialreiches zurückbekomme. Diesmal müsse sich England entschließen, auch seinen Anteil an der Operation zu bezahlen.

Pariser Aufregung über den Bericht Houghtons.

Der aufsehenerregende Bericht, den der amerikanische Botschafter in London, Houghton, dem Präsidenten Coolidge über die „hoffnungslose Lage in Europa“ erstattet hat und in dem die Hauptschuld an dem Scheitern der allgemeinen Währungsreform dem französischen Militarismus beigemessen wird, ist den Franzosen offenbar ganz erheblich auf die Nerven gefallen. Die Pariser Presse richtet auf Houghton die schärfsten Angriffe und sagt, es sei ein in den Annalen der diplomatischen Geschichte unerhörter Vorgang, daß ein vertraulicher Bericht mit solcher Ueberstürzung der Öffentlichkeit preisgegeben worden ist. Der Bericht selbst enthält nach der Darstellung Pariser Blätter „verleumdende Behauptungen“ gegen die französische Politik. Frankreich werde so dargestellt, als ob es, in Waffen stehend, auf die Staaten der kleinen Entente sich stütze und sich durch diplomatische Intrigen die Abklärung entgegen wolle. Der Völkerbund werde in dem Bericht mit dem Fluche der Bösartigkeit beladen. „Journal des Debats“ verbindet mit einem vornehmlichen Urteil über Houghton, den es einen „Agenten Deutschlands“ nennt, eine nicht minder scharfe Kritik an dem Verhältnis der Vereinigten Staaten, die mehr und mehr sich an die Spitze, Europa wirtschaftlich und politisch niederzujagen.

Der Reichspräsident in Bonn.

Hindenburg Ehren doktor der Bonner Universität.

Nach der nachvoll verlaufenen Kölner Feier traf am Montag vormittag der Reichspräsident, von ungeheurem Jubel empfangen, in Bonn ein. Die ganze Stadt war auf den Beinen. Die Begrüßung Hindenburgs erfolgte durch Oberbürgermeister Dr. Fall.

Vom Bahnhof aus bewegte sich der Zug der Autos durch die überaus festlich geschmückte Stadt zum Rathaus, wo sich der Reichspräsident in das Goldene Buch der Stadt eintrug.

Von dort aus begab sich Hindenburg mit seinem Gefolge zur Universität, wo ihm der Rektor, Geheimrat Professor Dr. Dyroff, im Namen der rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität, Prof. Dr. Farnel für die landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf und der Prodekan der philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Spielhoff, huldigten. Der letzte Redner gab bekannt, daß die Philosophische Fakultät Bonn im Einvernehmen mit der Juristischen Fakultät beschlossen habe, dem Reichspräsidenten von Hindenburg den Doktor der Staatswissenschaften ehrenhalber zu ver-

leihen. Gleichzeitig hat der Reichspräsident die Ehrenmitgliedschaft der Bonner Studentenschaft angenommen.

Der Reichspräsident dankte in einer herzlichen Ansprache. Er sei zwar, erklärte Hindenburg, durch Alter und Amt berufen, mit den Alten zu leben und zu wirken, er wolle aber hoffen und glauben mit der deutschen Jugend, die die Zukunft und die Kraft der Nation ist.

Anschließend daran gab die Stadt Bonn dem Reichspräsidenten ein Frühstück im Hotel Königshof.

Schluszdienst.

121 Mill. RM. Ausfuhr-Uberschuß im Februar.

— Berlin, 23. März. Der deutsche Außenhandel ist auch im Februar, wie in den beiden Vormonaten, aktiv. Der Ausfuhrüberschuß im Februar beträgt insgesamt 67 Mill. RM., im reinen Warenverkehr 121 Mill. RM., gegen 87 Mill. RM. im Januar und 36 Mill. RM. im Dezember.

Oberschlesische Gedenkfeiern.

— Oppeln, 23. März. Die fünfjährige Wiederkehr des Abstimmungstages in Oberschlesien wurde in ganz Deutsch-Oberschlesien feierlich begangen. In einigen Orten wurden die Feiern am Vorabend durch Fackelzüge eingeleitet. Unter größter Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung wurden am Sonntag Umzüge veranstaltet, die mit Kundgebungen auf den Marktplätzen endeten. Eine Zentralgedenkfeier für die ganze Provinz wird in Oppeln erst am 28. März unter Beteiligung von Mitgliedern der Reichs- und Staatsregierung stattfinden.

Das Volksbegehren in Süddeutschland.

— Stuttgart, 23. März. Im Wahlkreis Württemberg-Hohenzollern haben sich 480 032 Personen am Volksbegehren beteiligt. In Hessen haben sich in die Listen für das Volksbegehren nach amtlichen Feststellungen 325 756 Personen eingetragen.

Stresemann über Genf.

Die Rede des Reichsaussenministers vor dem Reichstag.

— Berlin, den 22. März 1926.

In Anwesenheit des Reichszanklers Dr. Luther, des Reichsaussenministers Dr. Stresemann und der übrigen in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts hat der Reichstag heute mit der großen außenpolitischen Aussprache begonnen. Das Haus und die Tribünen waren bis zum letzten Platz gefüllt. Auf der Tagesordnung standen die Hausrede des Reichszanklers und des Auswärtigen Amtes. Damit verbunden waren der kommunistische Mißtrauensantrag sowie die drei Anträge der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten auf Zurückziehung des deutschen Ausnahmegesetzes für den Völkerbund.

Gleich zu Beginn der Sitzung gab es eine Ueber-raschung. Nicht der Reichszankler hielt die große einleitende Rede, wie allgemein vermutet wurde, sondern Außenminister Dr. Stresemann hatte es übernommen, die Haltung der deutschen Delegation bei den Völkerbundsverhandlungen in Genf zu begründen und das Programm für die Fortführung der bisherigen Politik zu formulieren.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

ging in seiner Rede zunächst auf die Vorgeschichte von Genf ein. Er stellte insbesondere fest, daß das Kabinett Marx seinerzeit grundsätzlich seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund erklärte, aber sofort auch die Frage der künftigen Ratsfische aufwarf. Deutschland wandte sich dann an die zehn im Rat vertretenen Mächte und suchte durch Verträge festzustellen, ob seine Forderung eines ständigen Ratsfisches ihre Zustimmung finden würde.

Die Antworten lauteten Zustimmung.

Der Rat des Völkerbundes selbst äußerte auf eine deutsche Anfrage ebenfalls den Wunsch, mit Deutschland am Rat zusammen zu arbeiten. In Locarno wurden dann Vereinbarungen über den Artikel 16 erzielt. Deutschland ließ sein Eintrittsgesuch abgeben, und es wurde eine Sitzung des Völkerbundes einberufen, deren Zweck die Annahme Deutschlands war.

Deutschland hat sich nach Ueberwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen. Es hat sich nicht danach gedrängt, es ist zweimal gerufen worden. Nachdem die Mächte selbst die Angelegenheit Deutschlands zum Völkerbund zur Sprache der Locarnoverträge gemacht hatten, entstand für sie die Pflicht, alles zu tun, was das Inkrafttreten der Locarnoverträge ermöglichte. Umso seltener war es, daß kurz nach dem Erscheinen Deutschlands offizielle Mitteilungen über eine Welterklärung des Völkerbundes ausliefen und daß drei Mächte Anspruch auf versprochene ständige Ratsfische erhoben.

Der Minister schilderte dann die Situation, wie sie sich bei Eintreffen der deutschen Delegation in Genf darstellte. Die Völkerbundsversammlung fand allgemein unter dem Eindruck, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der Versammlung sei. Gegen die Ansprüche Spaniens, Brasiliens und Bolens hatte sich starker Widerspruch erhoben, der am stärksten in der öffentlichen Meinung Englands selbst war. Die schwedische Regierung hatte der deutschen Regierung und anderen Staaten offiziell mitgeteilt, daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Ratsfische stimmen würde. Die deutsche Delegation hat von dem Augenblick an, als ihr das Begehren anderer Mächte nach ständigen Ratsfischen bekannt wurde, aufs höchste gearbeitet, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Das Ergebnis des diplomatischen Meinungsaustausches war

die Verprechung der Locarno-Mächte

vor dem Zusammentritt des Rates in Genf. Bei diesen Verhandlungen war die Situation von vornherein erschwert durch den Sturz des Kabinetts Briand.

In der Diskussion in Genf ist, so betonte Dr. Stresemann mit Nachdruck, der deutsche Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertreten und kein Zweifel darüber gelassen worden, daß eine Vermehrung der Ratsfische die Zurücknahme des deutschen Ausnahmegesetzes zur Folge haben würde. Wir haben uns nicht prinzipiell ablehnend den Wünschen nach einer Vergrößerung des Rates gegenüber verhalten, aber betont, daß diese Frage erst ihre grundsätzliche Regelung im Rate selbst finden müsse.

Der Minister kam dann auf den Vorschlag zu sprechen, den die Mächte Deutschland in Genf als „Revision“ machten und wonach Deutschland seinen ständigen Ratsfisch erhalten, allerdings aber eine Vermehrung der nicht-

praktisch habe die...
Der...
eine best...
das...
Sitt...
Woll...
Stand...
wurde...
Fonstru...
Der...
Genfer...
tion...
ten. Die...
punkt...
ge...
sein...
in einer...
würde...
sch...
neutral...
lichten...
ihren...
tion...
gang...
Es ent...
treten...
dahin...
Der...
Minister...
der...
De...
es ange...
fähliche...
fall...
Kamp...
dieser...
in seine...
ge...
zu...
Tr...
land...
her...
cornop...
Sch...
de...
sich...
Die...
ung...
se...
nem...
Aus...
be...
ung...
und...
Die...
Ab...
ter...
das...
in...
der...
der...
die...
K...
K...
c...
m...
J...
für...
und...
St...
Er...
J...
Die...
W...
W...
Te...
und...
ih...
h...
Mar...
ange...
ten...
wer...
halten...
p...
folgt...
ist...
da...
de...
Nach...
Gen...
de...
der...
Ab...
tung...
mä...
c...
Kon...
sches...
bin...
Auf...
ord...
sich...
ge...
über...
f...
D...
W...
der...
Ein...
W...
einer...
f...
W...
nach...
de...
f...
W...
für...
den...
inter...
Ein...
nicht...
ge...